

KOMMENTIERT

Umweltunion gehört dazu

Sie war zuerst im Gespräch, aber jetzt ist von ihr nur noch beiläufig die Rede: die Umweltunion. Ihre Rückstufung hinter Wirtschafts-, Nahrungs- und Sozialunion ist nicht nur bedauerlich, sondern auch kurzfristig. Ohne ein Leben in einer intakten natürlichen Umwelt sind auf Dauer auch die allenthalben erwarteten „Segnungen“ der D-Mark nichts wert.

nik und Technologien angewiesen. Aber nicht alles darf im Maßstab 1:1 übernommen werden. Nach Angaben des Kongresses „Ökologisches Wirtschaften“, der in Leipzig stattfand, traten 1989 in der Bundesrepublik Umweltschäden in Höhe von 103 Milliarden Mark auf. Dies entspricht etwa dem jährlichen Wirtschaftswachstum - was aus dieser Sicht jeglichen Sinn verliert. Auch in der BRD, so führte der CDU-Politiker Prof. Biedenkopf in Leipzig aus, beruht der Wohlstand auf einem stetig zunehmenden Verbrauch von Naturstoffen und der Mitbeteiligung an der Plünderung der Dritten Welt.

JÖRG STAUDE

Falkenflug

Das Kesseltreiben gegen die KPTsch hat einen neuen traurigen Höhepunkt erreicht. Nachdem unlängst ein Warnstreik, der die Parteientzweiung forderte, und die Selbstverbrennung eines ehemaligen Betriebsdirektors aus Protest gegen die Kommunistenverfolgung die Öffentlichkeit erregt hatten, löste nunmehr der Vorstoß des Prager Staatsanwalts heftige Reaktionen aus. Sokol, zu deutsch Falke, verlangte ein KPTsch-Verbot in der Hauptstadt. Dabei berief er sich auf den Paragraphen 260 des Strafgesetzbuches, der die Unterstützung und Propagierung des Faschismus und ähnlicher Bewegungen untersagt.

Föderation und der tschechischen Teilrepublik distanzieren sich sofort von Sokol und klassifizierten den „Falkenflug“ als „private Initiative“. Doch sollte der Angriff tatsächlich nur der Versuch eines einzelnen sein, die Partei vor dem am 29. April offiziell beginnenden Wahlkampf zu verunglimpfen? Derartige Vorfälle häufen sich. Brno erlebte eine Kampagne gegen kommunistische Bürgermeister, in Nymburk stürmten Anhänger des Bürgerforums die KPTsch-Kreisleitung, und in den Betrieben flogen Tausende wegen ihres Parteibuchs auf die Straße.

FRANK GRUBITZSCH, Prag

Sorben-Sorgen

„Es kann kein Volk von nicht einmal 100 000 Seelen weiterleben, wenn es nicht geduldet, gefördert und förderlich geduldet wird.“ Dieses Wortspiel der sorbischen Zeitung „Nowa doba“ dramatisiert nicht. Trotz Verhatschelung durch die alte SED sind die Sorgen des sorbischen Volkes ständig gewachsen. Die Kaderpolitik von damals setzte den traditionell stark religiös gebundenen Sorben fast unüberwindliche Berufsbarrieren. Durch den „Bildungsbeschluss“, der das Erlernen der Sprache plötzlich als nur fakultativ erklärte, sank die Zahl der entsprechend unterrichteten Schüler in der Lausitz von 11 000 auf 3000. Populäre Festivals wurden durch „Fremdkörper“ wie wehrsportliche Einlagen ersetzt. Mit einem Satz: Die nationale Identität der Sorben war einem schleichenden Erosionsprozess ausgesetzt.

erklärung kein einziges Wort für die Sorben übrig hatte. Und hat nicht gerade seine Partei jenen Verfassungsentwurf des Runden Tisches abgelehnt, in dem auch den Sorben unmissverständlich die Achtung und Förderung ihrer Interessen zugesagt wird? In einem Telefongespräch mit uns hat der neue Domowina-Vorsitzende, Bernhard Ziesch, Enttäuschung geäußert. Hoffnung aber setzt er darauf, daß sowohl die Organisation der Sorben als auch Vertreter von Ministerien und Bezirksräten gegenwärtig dabei sind, die Lage des kleinen Volkes, das möglicherweise heute nur noch 60 000 Menschen zählt, zu analysieren und Vorschläge für die Regierung zu erarbeiten. Vor allem geht es dabei um ein Nationalitätengesetz, in dem Rechte und Förderungsmaßnahmen ganz konkret fixiert sind.

Dr. TOMAS KITTAN

Der Dietrich und die Aktie

Am deutschen Börsenhimmel herrscht eitel Sonnenschein. Während die Politiker noch an den Modalitäten der Wirtschafts-, Nahrungs- und Sozialunion bosseien, haben die Besitzer der dicken Aktienpakete die Einheit schon vorweggenommen. „Die Bullen (Börsenjargon für steigende Kurse) stürmen nach Osten“, meldete „Bild“. Kein Konzern und keine Bank von Rang, die sich nicht in der DDR einkaufte. Nach Daimler, Ford und VW, der Allianz-Versicherung und der Dresdner Bank hat nun auch die Deutsche Bank ihre Claims im anderen deutschen Staat abgesteckt.

Die Erweiterung des Marktes nach Osten und der Nachfrageschub eröffnen den Konzernen glänzende Aussichten. In Erwartung des großen Geldes erklimmen die Aktienkurse immer neue Rekordhöhen. Seit dem 9. November stieg der Index der 30 wichtigsten deutschen Aktien um durchschnittlich 30 Prozent. Besonders kräftig legten Bank- und Bauaktien zu, aber auch Energie, Stahl, Kunststoffe und der High-Tech-Bereich verzeichneten ein überproportionales Wachstum. Wer zum Beispiel im November eine Aktie der Preussag (Energie) erwarb, verbucht heute einen Gewinn von 95 Prozent, die Klöckner-Werke (Stahl, Kunststoff) zahlen für eine 100-DM-Aktie 180 DM. „Das Ostgeschäfts“, sagt der Börsenexperte Sommerfeld voraus, „wird die Börse weiterhin beflügeln.“ Warum auch nicht. Was ist schon der Raub einer Bank gegen die Gründung einer Bank, spötelte schon Brecht, was ein Dietrich gegen eine Aktie?

GERD PROKOT

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Dr. Wolfgang Spickermann (Chefredakteur); Reiner Oschmann, Michael Müller, Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther (stellv. Chefredakteur); Peter Berger, Karin Dörre, Gerd Prokot, Redaktionssekretär Reinhard Götz, Verlagsdirektor Rudolf Dank

Zeitung der Partei des Demokratischen Sozialismus

Wieviel Staat braucht die freie Konkurrenz?

Von MICHAEL BAUFELD

Eine „herausragende Bedeutung“ messe die DDR-Regierung dem Wettbewerb aller Unternehmen bei, er sei das wichtigste Regulativ der Marktwirtschaft. Kurz, es solle soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig sein. So lautet die Grundsätze der Wirtschaftspolitik in der Regierungserklärung vom Donnerstag.

Eppelmann: Wehrpflicht „ein Stück Demokratie“

Moskau (ADN/ND). Auf dem Gebiet der heutigen DDR werde die Nationale Volksarmee so lange bestehen, wie in Europa zwei Militärbündnisse, die NATO und der Warschauer Vertrag, existieren. Das erklärte der Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Rainer Eppelmann, am Sonntagabend in einem TASS-Interview. Die sowjetischen Truppen in der DDR würden so lange hier verbleiben, wie auf dem Territorium der BRD NATO-Truppen stationiert sind. Eppelmann äußerte seine Anerkennung für die zurückhaltende, ruhige Haltung der NVA-Führung, die einen würdigen Beitrag bei den demokratischen Umgestaltungen im Land geleistet habe.

barren müssen.“ Zugleich kündigte er Gesetzesvorschläge der Koalition an zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft sowie gegen unlauteren Wettbewerb und zum Kartellrecht. Hilfe für die DDR-Wettbewerber und Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen - beides ist dringend geboten, der Kampf ums Überleben oder um den größten Marktanteil hat längst begonnen. Die abweisende Haltung des Großhandels gegenüber DDR-Konsumgüterherstellern oder die Invasion der BRD-Verlage, die Fusionsabsichten von Deutscher Bank und Kreditbank AG oder von INTERFLUG und Lufthansa sind Signale.

FDGB fordert den Erhalt sozialer Sicherheiten

Berlin (ADN/ND). Die im Dachverband FDGB vereinigten Gewerkschaften unterstützen die in der Regierungserklärung formulierten Grundpositionen. Diese entsprächen „den mehrheitlichen Interessen der Mitglieder, weil sie friedliche, soziale, humane und demokratische Perspektiven anstreben“. Das geht aus einer Erklärung hervor, die der geschäftsführende Vorstand des FDGB nach seiner Tagung am Wochenende dem ADN übermittelte. Die Gewerkschaften verlangen verfassungsrechtliche Garantien für ihre freie Betätigung wie Koalitionsrecht, Tarifautonomie, Streikrecht und Aussparungsverbot. Für besonders dringlich halten sie das Recht auf Arbeit, Neuschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Umschulungs- und Sozialprogramme sowie Tarifverhandlungen.

Dennoch haben die Mitarbeiter des erst jüngst gegründeten Amtes alle Hände voll zu tun. Geprüft würden gegenwärtig neben den schon genannten Beteiligungen auch das Zusammengehen von Allianz-Versicherung und dem DDR-Versicherungsunternehmen, die Absichten der Mineralölminder Minol und DEA sowie die geplante Verbindung von HO und ASCO Deutsche Kaufhaus AG.

Klare Fronten bei Alex-Randalen - auch für die Polizei

Acht Verletzte, darunter zwei Schwerverletzte, und ein nicht unerheblicher Sachschaden sind die Bilanz der Ausschreitungen im Berliner Stadtzentrum am vergangenen Freitag. 30 Personen seien vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen - aber schon rasch wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Letzteres sagte der Polizeipräsident in seiner Erklärung nicht. Und auch der einzig mögliche Begriff „faschistische Randalen“ fehlt darin.

Am Sonntag in Bonn: Dauersitzungen zum Staatsvertrag

Bonn (ADN). Bundeskanzler Helmut Kohl und eine Runde von Ministern sind am Sonntagabend im Bonner Kanzleramt zu einer Beratung über die Konzeption der BRD für einen Staatsvertrag mit der DDR und für die entsprechenden deutsch-deutschen Verhandlungen zusammengekommen. Die Zusammenkunft diene auch der Vorbereitung eines Koalitionsgesprächs zu dieser Thematik, das am heutigen Montag in Bonn die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP führen wollen. Der Kanzler ließ sich zunächst von einigen Ministern, die bereits informelle Verhandlungen mit Partnerministern der DDR geführt haben, über Einzelheiten der Vorbereitung der Währungsunion unterrichten. Dabei ging es vor allem um die Feststellung strittiger Fragen zwischen beiden Seiten.

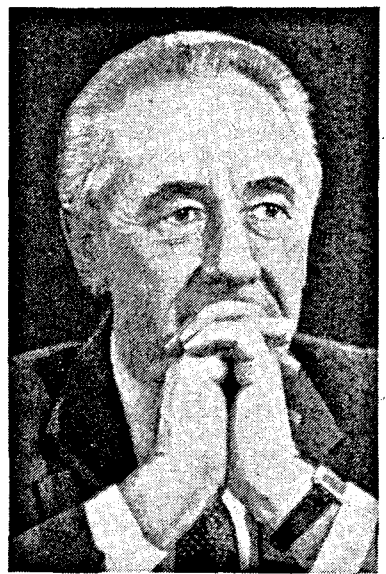
Am dem Kanzlergespräch nahmen Kanzleramtschef Rudolf Seiters, Finanzminister Theo Waigel, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Wirtschaftsminister Helmut Haussmann, Arbeitsminister Norbert Blüm, Innenminister Wolfgang Schäuble, Agrarminister Ignaz Kiechle und ein Vertreter der Bundesbank teil. Auch die Präsidenten der SPD der BRD und der DDR haben am Sonntag in Bonn Fragen des Staatsvertrages zwischen beiden deutschen Staaten über die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und die dabei anstehenden nächsten Schritte sowie sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Einigung auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung beraten. An der gemeinsamen Sitzung nahmen auch die geschäftsführenden Vorstände der SPD-Fraktionen der Parlamente beider Länder teil.

Nach Angaben des Bonner SPD-Sprechers Eduard Heußen haben beide Seiten die Regierung Kohl wegen der „dilettantischen Handhabung der Währungsdiskussion“ kritisiert, durch die bereits erheblicher volkswirtschaftlicher Schaden entstanden sei. Eine Vereinigung beider sozialdemokratischen Parteien solle so vorbereitet werden, daß sie gemeinsam vor der Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments in den Wahlkampf ziehen können, sagte Heußen.

PERSONALIEN

Verhandeln, nicht schießen. Es gilt, den „Friedensprozess“ erst einmal in Gang zu setzen“ und mit der palästinensischen Seite zu verhandeln. „Solange man redet, wird nicht geschossen.“ Das ist eine der Prämissen des Chefs der israelischen Arbeiterpartei, Shimon Peres, die in der bisherigen Koalitionsregierung mit Shamir Likud-Block für Zündstoff gesorgt haben. Jetzt - als designierter Premier, der sich um die Formierung einer neuen Regierung bemüht - bekräftigte er seine Bereitschaft, so schnell wie möglich mit den Palästinensern einen Dialog aufzunehmen.

Allerdings scheut Peres die Konsequenz, mit Vertretern der PLO oder gar deren Vorsitzenden zu verhandeln. „Es gibt, den „Friedensprozess“ erst einmal in Gang zu setzen“ und mit der palästinensischen Seite zu verhandeln. „Solange man redet, wird nicht geschossen.“ Das ist eine der Prämissen des Chefs der israelischen Arbeiterpartei, Shimon Peres, die in der bisherigen Koalitionsregierung mit Shamir Likud-Block für Zündstoff gesorgt haben. Jetzt - als designierter Premier, der sich um die Formierung einer neuen Regierung bemüht - bekräftigte er seine Bereitschaft, so schnell wie möglich mit den Palästinensern einen Dialog aufzunehmen.



SHIMON PERES: ...den Friedensprozess erst einmal in Gang setzen. Telefoto: ADN/APP

Die ser Auftritt drängt Vergleiche mit einem Berlin auf, in dem Goebbels Gauleiter war. Der Alexanderplatz am vergangenen Freitag. Foto: ADN/Bauer

LESERBRIEFE

StudentInnenRäte fordern zuerst zwei Dinge

Die demokratisch legitimierten Studierenden-Vertretungen - die StudentInnenRäte - fordern von der Gesellschaft zuerst einmal zwei Dinge ein: 1. die - auch finanziell - Anerkennung des Studiums als gesellschaftlich notwendige Arbeit, also die Abkehr davon, Studierenden als von der Gesellschaft gewährte „Auszeichnung“ zu suggerieren, für die man/frau dankbar zu sein hat; und 2. die Anerkennung der Tatsache, daß der/die StudentIn zum Studieren erst einmal existieren, also auch wenigstens das Existenzminimum als Stipendium bekommen muß.

fen. Nachdem sich jetzt alle über 1:2 ereifert haben, wird Herr Kohl irgendwann (wir ahnen alle sicher wann) öffentlich eine Güterabwägung vornehmen und mit großer Geste 1:1 verkünden. Alle werden erleichtert bis begeistert sein und erst sehr viel später merken, wie schwer es sich im zusammenwuchernden Deutschland mit so geringen Löhnen/Renten/Stipendien lebt. Dann aber sind wir schon der deutsche Hinterhof - der doofe Rest.

Peer Pasternack, StudentInnenRat der KMU Leipzig

Ein Volksentscheid zur Verfassung tut not

Der Entwurf einer neuen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (ND vom 18. April) sollte nach breiter öffentlicher Diskussion durch einen demokratisch durchgesetzten Volksentscheid gültiges Staatsrecht werden. Wenn die DDR auch ökonomisch marode sein soll, in Sachen Demokratie ist sie es seit der Wende nicht. Bringen wir uns deshalb auch staatsrechtlich in die vordere Reihe freierwilliger Staaten dieser Erde. Beantworten wir die Frage, was die DDR in ein vereintes Deutschland einzubringen hat, mit der Inkraftsetzung dieser neuen Verfassung, eines Kindes unserer Oktoberrevolution. Möge sie gemeinsam mit der Weimarer Verfassung, dem Grundgesetz der BRD und unserer Verfassung von 1949 Grundlage der Diskussion über die künftige neue, gesamtdeutsche Verfassung sein, die unser Volk braucht.

Horst Schöpf, Weimar, 5300

KWV Köpenick kündigt Mieter-Mitbestimmung

In den Jahren 1957/58 wurde unser Haus auf Trümmergrundstücken in freiwilliger NAW-Einsätzen unter Mithilfe von volkseigenen Betrieben und der Handwerkskammer errichtet. Bisher haben wir unser Mitbestimmungsrecht gewahrt durch Mitarbeit bei der Erstellung von Hausreparaturplänen, Erteilung von Kleinreparaturaufträgen, Ausführung von Leistungen von Kleinreparaturen, Hausreinigung und Gartenarbeiten.

Nun erhielt ich folgendes Schreiben vom Wohnungswirtschaftler der KWV Köpenick: „Auf Grund umfangreicher Strukturveränderungen bitten wir Sie, uns unsere Auftragsformulare zurückzuschicken. Bitte lösen Sie auch keine Aufträge mehr aus, da diese zu Ihren Lasten gehen müßten. Wir danken für Ihre Mitarbeit!“

Soll das die neue Demokratie sein?

W. Ignaszewski, HGL-Vorsitzender Friedenstr. 10, Berlin, 1170

Milliarden an alle Welt - und für die DDR ...?

Die Bundesrepublik muß der DDR helfen, ob sie es will oder nicht. Sie ist dazu verpflichtet, und hier sind viele Menschen meiner Meinung. Die Bundesrepublik hat - die Nachkriegsenteignungen, Demontagen und Gebietsverluste nicht mitgerechnet - seit 1950 bis Ende 1988 an Entwicklungshilfe, Wiedergutmachung, Schenkungen, Kreditverzicht usw. 876 100 000 000 D-Mark an alle Welt gegeben. Da

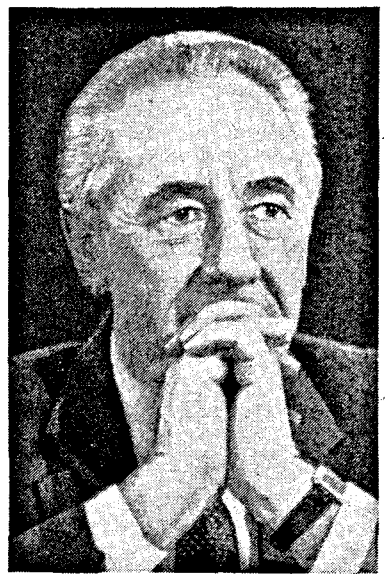
Geldspekulation erlaubt?

Die in der Ausgabe vom 9. 4. 90 veröffentlichte Leserschrift von Herrn Ditmar Hauer „Geldspekulation auf dem Alexanderplatz“ habe ich mit großem Interesse gelesen, da ich ebensolche Beobachtungen in der Vorhalle des Leipziger Hauptbahnhofes machte. Ein von mir angesprochener Bahnpolizist erklärte mir, daß derartige Geldtauschaktionen (Kurs 1:4) bekannt sind, er aber nichts gegen diese unternehmen kann. Es ist alles erlaubt, was nicht durch Gesetz verboten wird.

Rainer Jünemann, Thalwenden, 5631

Wie lange noch mit dem Handeln warten?

Als der Wehrunterricht in der Schule abgebrochen wurde, hat man versäumt, diesen Unterricht durch das Fach Umwelt und Ökologie zu ersetzen. Arbeitseinsätze im Wald und Naturschutzgebiet hätten für unsere Schüler eine gute Anleitung zum Handeln sein können. Auch hätte der Spruch „Schwerter zu Pflugscharen“ an Bedeutung gewonnen. Wie lange wollen wir noch mit dem praktischen Handeln warten? Bei allen Konsumgedanken bleibt unser Lebensraum doch wichtig zu erhalten.



Eduard Mrachacz, Pulheim, BRD

LOTHAR PILZ